



## Interview

**Dr. Jochen Pimpertz, Leiter Kompetenzfeld Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW)**

? Seit 2019 führen Sie den Generationencheck durch. Wie fällt Ihr Urteil zur gesetzlichen Rentenversicherung vor dem Hintergrund der Coronakrise, der aktuellen politischen Großwetterlage und der Wirtschaftsentwicklung aus?

! In der umlagefinanzierten Rentenversicherung droht ein deutlicher Beitragssatzanstieg bei sinkendem Rentenniveau. Denn in den kommenden zwei Dekaden steigt mit der Alterung der geburtenstarken Jahrgänge nicht nur die Zahl der Ruheständler. Diese werden voraussichtlich auch immer länger Rente beziehen. Gleichzeitig folgen ihnen schwächer besetzte Jahrgänge ins Erwerbsleben. Immerhin lässt sich die intergenerative Balance im System nachjustieren. Zum Beispiel kann mit einer Anhebung der Regelaltersgrenze der Beitragssatzanstieg ab 2040 dauerhaft unterhalb der 22-Prozent-Marke gebremst werden. Dabei läge das Rentenniveau bis in die 2050er-Jahre bei gut 46 Prozent.

? Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 68 Jahre empfohlen, Sie sogar auf 70 Jahre. Was entgegenen Sie Kritikern, die auf die körperliche Belastung von Dachdeckern oder Krankenschwestern verweisen?

## Staatlich verordnetes Zwangssparen hat ein Legitimationsproblem

! Der Beirat macht nicht bei 68 Jahren Halt, die Altersgrenze soll auch nach 2040 weiter steigen. Ähnliches gilt für unsere Modellrechnungen, wonach die Altersgrenze bis Anfang der 2050er-Jahre auf 70 steigt. Was heute unvorstellbar scheint, ist bei unseren europäischen Nachbarn längst Realität: In Dänemark gilt 2030 die „Rente mit 68“, in den Niederlanden bereits heute eine Altersgrenze von 67 Jahren. Und in beiden Ländern wird diese künftig bei steigender Lebenserwartung weiter angehoben. Wenn also unsere Berechnungen unterstellen, dass Versicherte bei steigendem Rentenalter länger arbeiten, dann lautet die politisch relevante Frage vielmehr: Was muss die Gesellschaft unternehmen, damit Menschen länger erfolgreich am Arbeitsleben teilhaben können? Denn tatsächlich stellt sich doch schon heute in vielen Berufen die Frage, ob die „Rente mit 67“ erreich-

bar ist. Frühverrentung oder Erwerbsminderung liefern jedenfalls keine befriedigenden Antworten, weder auf die demografischen Herausforderungen noch für die individuelle Lebensgestaltung.

? Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sprach sich kürzlich dafür aus, eine gemeinsame Rentenkasse für Angestellte, Selbstständige und Beamte zu schaffen. Wie bewerten Sie diesen Vorschlag?

! Vorausgesetzt, es werden jüngere Staatsdiener und Selbstständige in die Rentenversicherung verpflichtet, könnten vorübergehend Beitragsüberschüsse erzielt werden. Allerdings besteht die Gefahr, dass die Mehreinnahmen für zusätzliche Leistungsversprechen verwendet werden statt zur Beitragssatzstabilisierung. Spätestens, wenn die Neuversicherten in Rente gehen, müssen diese aber ausgerechnet von der heutigen Kinder- und Enkelgeneration zusätzlich versorgt werden. Die Lösung des Problems wird lediglich in die Zukunft verschoben.

? Andere politische Konzepte setzen auf Wirtschaftswachstum, stärkere Zuwanderung oder einen flexiblen Rentenübergang nach 45 Versicherungsjahren. Was sind aus Ihrer Sicht die sinnvollsten Ansätze?

! Die Hoffnung trägt, dass bei hohem Wirtschaftswachstum die Beschäftigungszahlen steigen. Denn bei unveränderter Regelaltersgrenze lässt sich der demografisch bedingte Rückgang der Erwerbsbevölkerung kaum kompensieren. Sollte der Rentenzugang von der Anzahl der Beitragsjahre statt vom Lebensalter abhängen, drohen zudem negative Anreize für die Wahl zeitintensiver Bildungswege. Qualifizierte Zuwanderung kann zwar helfen. Aber eine Stabilisierung der derzeitigen Beitragszahler-Rentner-Relation bedürfte eines Vielfachen dessen, was das IW mit einer jährlichen Nettozuwanderung von 200.000 Personen bereits unterstellt. Unabhängig von der Frage, ob dies gesellschaftlich erwünscht ist, bleibt unbeantwortet, ob überhaupt so viele Menschen den Weg nach Deutschland finden.

? Österreich wird immer wieder als Rentenvorbild genannt. Durch deutlich höhere Beiträge für die Arbeitgeber wird ein hohes Versorgungsniveau gesichert. Warum übernehmen wir diesen Ansatz nicht in Deutschland?

! Wer höhere Abgaben bei gleichem Nettoverdienst fordert, muss beachten, dass damit die Arbeitskosten steigen und die Beschäftigungschancen unter Druck geraten. Ob die Sozialpartner stattdessen bei höheren Sozialbeiträgen niedrigere Nettoentgelte akzeptieren, halte ich für fraglich. Im Übrigen werden in Österreich bereits heute rund 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Renten und Pensionen aufgewendet. Hierzulande ist es rund ein Zehntel und erst für Mitte des Jahrhunderts wird mit einer ähnlichen Quote für Deutschland gerechnet. Selbstverständlich kann der Souverän für eine generösere Al-

tersversorgung votieren. Aber wenn dann künftig mehr als ein Siebtel der Wirtschaftsleistung für Renten und Pensionen aufgewendet werden soll, wird dies nicht ohne Verzicht an anderer Stelle möglich sein.

? Die Zukunft der gesetzlichen Rente muss ein Schwerpunkt der nächsten Bundesregierung werden. Bitte skizzieren Sie einmal Ihren idealen Rentenkompromiss.

! Ich halte das dreisäulige System für gut begründet und zukunftsfähig – auch dann, wenn die intergenerative Balance in der gesetzlichen Säule nachjustiert wird. Allerdings erfordert eine Lebensstandardsicherung zusätzliches Engagement in der 2. und 3. Säule. Das ist aber bereits seit zwei Jahrzehnten verabredet.

? Die meisten Expert\*innen sind sich einig, dass nicht nur die erste Säule, sondern auch die betriebliche und private Vorsorge reformiert werden müssen. Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf und was würden Sie ändern?

! Die betriebliche Altersvorsorge ist vor allem in Unternehmen mit geringer Mitarbeiterzahl schwächer verbreitet. Mehr Transparenz und Vereinfachungen scheinen das Mittel der Wahl. Denn im Kleinbetrieb ist der Chef oft mit operativen Aufgaben ausgelastet und kann sich kaum mit der komplexen Materie der fünf Durchführungswege befassen. In der privaten Vorsorge steht die Riester-Förderung zu Unrecht in der Kritik, bietet sie doch gerade Geringverdienern und kinderreichen Familien hohe Anreize. Probleme sehe ich vor allem bei allzu optimistischen Renditeerwartungen, die unter den gegebenen Vorschriften wie der Beitragszusage kaum zu erfüllen sind.

? Viele Parteien wollen das dreigliedrige Rentensystem um eine vierte Säule nach norwegisch/schwedischem Vorbild erweitern. Wie beurteilen Sie die Pläne für einen staatlich verwalteten Rentenfonds?

! Ein staatlicher Rentenfonds kann im Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Angeboten dazu anreizen, die vielfach als zu hoch kritisierten Verwaltungskosten zu minimieren. Das setzt allerdings voraus, dass ein Staatsfonds ähnliche Renditen zu geringeren Kosten realisieren kann. Ich erwarte aber nicht, dass der Staat über „bessere“ Informationen bezüglich der Kapitalanlage verfügt. Mehr noch, eine verpflichtende Vorsorge in einem Staatsfonds birgt die Gefahr, dass das Kapital für industriepolitische Ziele eingesetzt wird, die nicht zwingend einer effizienten Anlage dienen. Ob Staatsfonds oder private Alternative – ganz grundsätzlich sehe ich ein Legitimationsproblem für eine Verpflichtung zur ergänzenden Privatvorsorge. Denn mit welcher Begründung sollte der Staat seinen Bürgern Zwangssparen vorschreiben dürfen, wenn bereits mit der Rentenversicherungspflicht eine Absicherung oberhalb des Grundsicherungsniveaus möglich ist, insbesondere bei längerer Lebensarbeitszeit?